POSITIONSPAPIER

Gerolstein, 29. Oktober 2025

Strategie statt Aktionismus: Wie das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ echte Wirkung entfaltet

Das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ kommt zu einem Zeitpunkt, an dem der Handlungsdruck größer nicht sein könnte: Fehlende Investitionen in Instandhaltung und Modernisierung haben die Verkehrswege in Deutschland an die Belastungsgrenze gebracht und die wirtschaftliche Entwicklung ausgebremst. Gleichzeitig zeigen die aktuellen Emissionsminderungsprognosen, dass die Klimaziele im Verkehrssektor weiterhin deutlich verfehlt werden. Das Sondervermögen bietet die historische Chance, diesen doppelten Rückstand aufzuholen.

Die Finanzierung des Sondervermögens über neue Schulden bringt aber auch eine große Verantwortung mit sich: Der Staat muss seine Handlungsfähigkeit langfristig unter Beweis stellen, um die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen an sichtbare Verbesserungen nicht zu enttäuschen, die Aufnahme neuer Schulden durch einen effektiven Einsatz der mobilisierten Summen zu legitimieren und die Akzeptanz für Maßnahmen zu sichern.

Gewährleisten kann das nur eine ganzheitliche Strategie.

Langfristige Zielbilder gemeinsam strategisch verankern

Das Zielbild ist klar: Klimaneutralität bis 2045 und die gleichzeitige Stärkung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Investitionen müssen so ausgerichtet sein, dass kurzfristig wirksame Maßnahmen und langfristig angelegte Projekte auf dieses Zielbild einzahlen. Kurzfristige Erfolge – etwa durch die schnelle Umsetzung von Planungen, die bereits genehmigt sind – schaffen Vertrauen, beseitigen bestehende Engpässe und demonstrieren Handlungsfähigkeit. Sie dürfen jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Langfristige Maßnahmen wie der Ausbau von Schienenkorridoren, die Elektrifizierung und der Ausbau von Nebenstrecken oder die Modernisierung strategisch wichtiger Infrastruktur setzen letztendlich die entscheidenden Impulse für eine nachhaltige Verkehrswende, die Emissionen senkt und die Wirtschaft stärkt.

Dafür braucht es eine ganzheitliche, verkehrsträgerübergreifende Infrastrukturstrategie, die alle Schritte miteinander verzahnt. Isolierte Einzelmaßnahmen entfalten nicht die notwendige Hebelwirkung. Die Strategie muss eine klare Reihenfolge und Gewichtung der Maßnahmen festlegen, sodass jeder Euro

nicht nur kurzfristige Engpässe beseitigt, sondern zugleich auf das langfristige Zielbild einzahlt. Damit wird sichergestellt, dass Infrastrukturpolitik nicht von der Dringlichkeit des Moments getrieben wird, sondern konsequent dem übergeordneten Pfad folgt.

Eine solche Strategie muss ressortübergreifend entwickelt werden und die politischen Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene festlegen und – wo nötig – nachschärfen. In der bisherigen Infrastruktur- und Verkehrspolitik sind auch durch das Fehlen eines strategischen Dachs Blind Spots entstanden, die eine nachhaltige und ganzheitliche Infrastrukturentwicklung ausbremsen. So liegt im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) der Ausbau der Schieneninfrastruktur für den ÖPNV in der Zuständigkeit der Länder, die dafür vom Bund Regionalisierungsmittel erhalten. Vorhaben, die besonders den Güterverkehr befähigen oder Landesgrenzen überschreiten, fallen jedoch aus diesem Scope heraus. Eine effektive und zielgerichtete Infrastrukturpolitik schließt solche Zuständigkeitslücken. Dabei sollte gelten: Infrastrukturpolitik ist Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, und sie steht in engem Zusammenhang mit wirtschafts- und sicherheitspolitischen Erfordernissen. Neben der Schärfung der jeweiligen Zuständigkeiten ist auch der Abgleich mit weiteren langfristig angelegten Programmen notwendig, um ineffektive Doppelstrukturen zu vermeiden und Projekte zu parallelisieren – etwa mit Blick auf Infrastrukturmaßnahmen aus dem ungedeckelten Sondervermögen Bundeswehr. Mit einer Strategie, die klare Ziele definiert und Zuständigkeiten transparent festschreibt, lässt sich nicht nur eine effiziente, nachhaltige und zukunftsfähige Verkehrs- und Infrastrukturpolitik gestalten – sie erleichtert es auch, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, Vertrauen zu gewinnen und Akzeptanz zu sichern.

Die Potenziale des ländlichen Raums gezielt erschließen

Der ländliche Raum wird bisher bei der Infrastrukturplanung nicht gezielt berücksichtigt – obwohl er erhebliche Potenziale zur Dekarbonisierung bietet und als Wirtschaftsstandort, der etwa die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung erbringt, auf leistungsfähige Verkehrsanbindungen angewiesen ist. Wer diese Potenziale nutzen will, muss sicherstellen, dass die verfügbaren Mittel nicht in Stückwerk und kurzfristige Reparaturen fließen, sondern in Projekte, die Klima- und Wirtschaftswirkung gleichermaßen entfalten.

Das bedeutet auch, für Maßnahmen, die schnell erste Effekte zeigen könnten, Planungssicherheit zu schaffen. Solange die Schiene für den Güterverkehr im ländlichen Raum keine greifbare Alternative bietet, müssen Unternehmen des ländlichen Raums weiterhin auf den straßengebundenen oder Kombinierten Verkehr setzen. Wenn sie wie der Gerolsteiner Brunnen aktiv Emissionen senken wollen, stellen aber eine unzureichende Infrastruktur für klimaneutrale Antriebe und Fahrermangel wesentliche Hemmnisse beim Umstieg dar. Verbindliche Pfadentscheidungen, welche Antriebsarten auch in Zukunft

als klimaneutral gewertet werden, sind notwendig, um Investitionen anzureizen und die Entscheidungen von Unternehmen abzusichern.

Doch auch bei erst längerfristig wirkenden Maßnahmen gibt es gerade mit Blick auf den ländlichen Raum großen Verbesserungsbedarf: Heute beruht ein Großteil der Verkehrswegeplanung auf Fortschreibungssimulationen des aktuellen Verkehrsaufkommens – auch das ist ein strategischer Blind Spot der Infrastrukturpolitik. Das führt dazu, dass Projekte mit großem Entwicklungspotenzial nicht priorisiert werden, weil ihr heutiges Verkehrsvolumen zu niedrig erscheint. Dieser Ansatz verkennt, dass gerade im ländlichen Raum Investitionen oft erst das Verkehrsaufkommen erzeugen, das ihre langfristige Wirtschaftlichkeit und Klimawirkung ausmacht. Dieser blinde Fleck in der Bundesverkehrswegeplanung muss bei einer strategischen Neuausrichtung geschlossen werden. Statt linear aktuelles Verkehrsaufkommen im Personen- und Schienengüterverkehr in der Planung fortzuführen, sollten sich Planungen stärker an zukünftigen Potenzialen und dem definierten Zielbild ausrichten.

Die Eifelstrecke zwischen Köln und Trier ist ein Beispiel: Sie weist eine positive Nutzen-Kosten-Relation auf, vor allem aufgrund des prognostizierten Güterverkehrsaufkommens. Dennoch ist sie nicht Gegenstand der Verkehrswegeplanung, weil bestehende Bewertungsverfahren zukünftige Potenziale nicht ausreichend berücksichtigen. Eine strategische Neuausrichtung muss diesen blinden Fleck schließen und Planungen konsequent an Potenzialen statt ausschließlich an Vergangenheitswerten ausrichten.

Für ein Sondervermögen, das überall ankommt

Das Sondervermögen bietet für Bund und Länder gleichermaßen die Chance, Investitionen überjährig, planbar und zweckgebunden zu gestalten. Damit dieser Hebel wirkt, braucht es eine klare Ausrichtung auf Zukunftsfähigkeit, Dekarbonisierung und gleichwertige Lebensverhältnisse. Der ländliche Raum darf nicht länger Randthema der Infrastrukturplanung sein. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort und Lebensraum zugleich und bietet bisher kaum gezielt erschlossene Dekarbonisierungspotentiale. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen urbanen und ländlichen Räumen schaffen will, muss sicherstellen, dass auch Nebenstrecken modernisiert und gestärkt werden, dass Anbindungen an den Kombinierten Verkehr ermöglicht werden und dass Logistik- und Produktionsstandorte im ländlichen Raum wettbewerbsfähige Transportwege erhalten. Dazu zählt auch die landesgrenzenüberschreitende Anbindung des ländlichen Raums an relevante Verkehrsknoten. Diese Perspektive muss integraler Bestandteil der Infrastrukturstrategie werden – nicht als ergänzender Programmpunkt, sondern mit gleichwertiger

Priorität. Nur so können Mittel dort eingesetzt werden, wo sie den größten Beitrag zum Zielbild leisten.

Jetzt ist der richtige Moment, um strategische Pfade festzulegen, die den Weg zu einer klimaneutralen, zukunftsfähigen und resilienten Infrastruktur vorgeben. Das erfordert politische Entschlossenheit, verbindliche Entscheidungen, klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen und eine konsequente Ausrichtung aller Maßnahmen an einem gemeinsamen Zielbild.

Das Sondervermögen kann zum Motor einer breit getragenen Transformation werden, die greifbare Fortschritte für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Unternehmen bringt – wenn es gelingt, seine Mittel verantwortungsvoll und mit Strategie einzusetzen.

KONTAKT
Gerolsteiner Brunnen GmbH & Co. KG
Vulkanring
54567 Gerolstein
Tel. 06591 14-0
Email: dialogmitstern@gerolsteiner.com
www.gerolsteiner.de/dialog-mit-stern

Jacqueline Schneider
Leitung Unternehmenskommunikation

Ann Börries
Senior Managerin Unternehmenskommunikation